

Samstag, 6. Juni 2026

Alles andere als ein Mauerblümchen



Diese zarte Heckenrose verschönert die Hausfassade unseres Lesers in Allenwinden.

Bild: Heiri Süess

Zug braucht Mut zur Veränderung

Zur Abstimmung über den Bebauungsplan Metalli in der Stadt Zug vom 14. Juni

Im Herzen unserer Stadt wird mit dem Bebauungsplan Metalli die Innenverdichtung genau dort umgesetzt, wo sie städtebaulich Sinn ergibt – in einem als Verdichtungsgebiet definierten Areal, direkt am ÖV-Knotenpunkt. Das geplante Hochhaus schafft auf kleinster Grundfläche 160 neue Wohneinheiten für Familien, Pendler und ältere Menschen. Die Gegner befürchten, ein wertvolles Gebäudeensemble werde zerstört und eine wichtige Fussgängerverbindung verbaut. Doch hier wird kein funktionierendes Quartier abgerissen, sondern verantwortungsvoll weiterentwickelt. Wer Verdichtung grundsätzlich befürwortet, aber jeden konkreten

Schritt ablehnt, macht sich unglaubwürdig. Der Bebauungsplan Metalli wird unsere Stadt verändern, aber Städte, die sich nicht weiterentwickeln dürfen, werden zum Museum. Deshalb sage ich Ja zu einer Veränderung und einer nachhaltigen Stadtentwicklung am 14. Juni.

Joëlle Gautier, Kantonsrätin GLP, Zug

Nein, es geht der Zug Estates AG – traditionsreiche Besitzerin der Metalli – nicht nur um Rendite. Dies belegt der höchste Standard für nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS-Hochbau-Gold, denn dieser Standard wird nur an jene Überbauungen vergeben, welche die Kriterien für ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit gleichermaßen erfüllen. Die Zug Estates

Holding AG ging als Immobilienentwicklerin aus der Metall Zug AG hervor, welche die ehemalige Metallwarenfabrik Zug 1880 am Standort der heutigen Metalli erbaute. Das Unternehmen hat sich – wie es alle Unternehmen müssen, wenn sie sich langfristig am Markt behaupten wollen – gemäss den jeweiligen Anforderungen weiterentwickelt: von der Fabrik zum heutigen Einkaufszentrum. Nun steht mit dem Ausbau der Metalli der nächste Entwicklungsschritt an, um die heutigen Bedürfnisse zu erfüllen: Wohnen, Einkaufen, Teilhabe am öffentlichen Raum. Davon profitieren wir alle!

85 Prozent der Bausubstanz bleiben erhalten. Die besonders schöne Einkaufsallee mit den Glasdächern besteht weiter, und die bisher nicht sehr attraktive Seite zur Baarerstrasse wird

deutlich einladender. Und das Hochhaus wird den neuen Metallplatz mit viel besserer Verbindung Richtung Bahnhof umrahmen und nicht erdrücken. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem ausgereiften Projekt.

René Gretener, Grosser Gemeinderat der Stadt Zug, SVP

Adresse für Leserbriefe

Die Adresse für Leserbriefe lautet forum@chmedia.ch. Bitte geben Sie stets Ihre vollständige Adresse an.

Weitere Leserbriefe finden Sie auf www.zugerzeitung.ch/meinung/leserbriefe.

Weitere Lesermeinungen zur sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative der SVP

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni

Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative der SVP möchte die Schweizer Bevölkerung per Verfassung auf maximal 10 Millionen Menschen deckeln. Klingt nach gemütlicher Idylle, nach weniger Stau auf der A1 und immer einem freien Sitzplatz im Interregio. Doch wer wirtschaftlich weiterdenkt, merkt schnell: Diese Initiative ist eine ökonomische Mogelpackung mit eingebautem Wohlstandsvernichter. Mit einer starren 10-Millionen-Grenze schiessen wir uns nicht nur ins Knie, sondern zertrümmern die ganze Kniescheibe.

Die demografische Uhr tickt – und sie tickt unbarmherzig. Die Geburtenrate ist im freien Fall, während sich die Generation der Babyboomer in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Wer bezahlt dann deren AHV? Genau, die Erwerbstätigen von heute. Wenn man den Arbeitsmarkt künstlich austrocknet, schrumpft die Steuerbasis und die Einzahlungen in die Sozialversicherungen implodieren. Entweder steigen die Abgaben noch mehr, es sinken die Renten, oder das Rentenalter steigt auf 75 Jahre. Es ist insofern ironisch, dass die SVP das Label «Nachhaltigkeit» für ein Konzept kapert, das eigentlich das Gegenteil bewirkt. Echte wirtschaftliche Nachhaltigkeit bedeutet, dass ein System zukunftsfähig ist. Ein System, das innovationsträge wird, weil ihm die Köpfe fehlen, und das seine Sozialwerke gegen die Wand fährt, ist alles andere als nachhaltig. Es wird zu einem Sanierungsfall.

Die 10-Millionen-Schweiz ist eine gefährliche Scheinlösung. Sie tut so, als könnte man die Schweiz in eine Glaskuppel setzen und den Rest der globalisierten Welt einfach aussperren. Doch Wohlstand ist kein statischer Kuchen, den man einfach einfrieren kann. Wohlstand ist wie Velofahren: Wenn man aufhört, sich zu bewegen, fällt man um. In diesem Sinne: Schützen wir lieber unsere Wirtschaft

und die echten Pfeiler unseres Wohlstands, anstatt einer demografischen Illusion hinterherzurrennen. Echte Nachhaltigkeit bedeutet, die Energie- und Verkehrswende clever zu packen – und nicht, den Laden einfach abzuschliessen, den Schlüssel im Zugersee zu versenken und zu hoffen, dass die Welt da draussen aufhört, sich zu drehen.

Sagen wir am 14. Juni Nein zu diesem gefährlichen Experiment, welches den Wohlstand von heute und morgen aufs Spiel setzt.

Martin Hotz, Steinhausen

Von der falschen, ja perfiden Diffamierungsstrategie der Gegner der Nachhaltigkeitsinitiative lassen sich Stimmbürger nicht mehr einschüchtern. Kaum je reagierte der Bundesrat mit einer so faktenarmen Argumentation, wie es nun Beat Jans ins Land posaunt. Er tut einfach nichts, um die masslose Einwanderung auf ein vernünftiges Mass zu bringen; die Sorgen der Menschen wischt er abschätzig weg! Die masslose Menschenflut sehen zu viele als Gottesgeschenk; Asyl ist zu einem Instrument der Zuwanderung geworden. Und Masshalten gilt als rassistisch! Doch die antiliberalen Personenfreizügigkeit schadet unserem Land! Wir Schweizer sollten wieder lernen, vernünftige Grenzen zu ziehen.

Masslosigkeit zerstört immer. Unsere Bevölkerung nahm in den letzten 25 Jahren um beinahe 2 Millionen Menschen zu; 80 Prozent gehen zulasten der Einwanderung. Und im gleichen Zeitraum wurden sage und schreibe über 1 Million Ausländer eingebürgert! Die importierte Kriminalität steigt gewaltig. Eine Mehrheit der Asylsuchenden bezieht Sozialhilfe; Folge: Das kostet uns Steuerzahler viel. Die Personenfreizügigkeit ist ein Auslaufmodell; nur wenige der zugewanderten Fachkräfte arbeiten als Ärzte oder Pfleger. Beim Gastgewerbe sind zurzeit über zehntausend ohne Stelle, trotzdem rek-

rutierten Betriebe im letzten Jahr weit mehr ausländische Angestellte. Billige Ausländer sind ja stets zu haben!

2012 warnten Wendehälse wie Badran, Glättli oder Bäumle eindringlich vor einer 8-Millionen-Schweiz, heute aber sind 10 Millionen für sie kein Problem....! 2014 wurde eine vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative von Bundesrat und Parlament einfach nicht umgesetzt. Diese Todsünde in einer direkten Demokratie hatte mich bewegt, der verlässlicheren SVP beizutreten.

Schweizerinnen und Schweizer, zeigen Sie am 14. Juni Gefühl und Mut für ein vernünftiges Mass zugunsten unseres noch wunderbaren Landes!

Bruno Fäh, Baar

Die Gegner der Nachhaltigkeitsinitiative verstricken sich in Widersprüche, die sich kaum noch glaubwürdig erklären lassen. Einerseits behaupten sie, die Initiative löse die bestehenden Probleme nicht und anerkennen indirekt, dass überhaupt ein Problem besteht. Andererseits bekämpfen sie ausgerechnet jene Initiative, die eine Steuerung der Zuwanderung fordert und damit einen Lösungsansatz präsentiert. Es entsteht der Eindruck, dass nicht der Inhalt der Initiative im Mittelpunkt steht, sondern deren politische Herkunft. Mir als Bürger ist es egal, welche Partei eine vernünftige Lösung vorlegt. Hätte die SP, die Mitte oder eine andere Partei eine wirksame Initiative zur Steuerung der Zuwanderung eingereicht, würde ich sie genauso unterstützen. Es geht nicht um Parteipolitik, sondern um die Zukunft unseres Landes.

Die Schweiz ist voll. Erstaunlich ist auch das Argument der Gegner, die Personenfreizügigkeit könne nicht nachverhandelt werden, während gleichzeitig betont wird, wie vorteilhaft doch dieser Vertrag für die Schweiz sei. Ein Vertrag, der sich nicht an veränderte Realitäten anpassen lässt, ist kein ausgewogenes Abkommen

auf Augenhöhe. Internationale Verträge müssen verhandelbar bleiben, sonst verlieren souveräne Staaten ihren politischen Handlungsspielraum. Die Schweiz ist ein souveräner Staat. Es gehört zu den Kernaufgaben der Landesregierung, die Interessen der Bevölkerung zu schützen, die Infrastruktur funktionsfähig zu halten und die Zuwanderung im Interesse des Landes zu steuern. Das ist heute nicht der Fall. Wer jede Diskussion über Begrenzungen oder Steuerungsmaßnahmen von vornherein ablehnt, verweigert sich der Realität. Ignoranz ist die Sturheit eines Politikers, sich vor unangenehmen Wahrheiten zu verschliessen und damit das Versagen, auf anstehende Probleme verantwortungsvoll und entschlossen zu handeln.

Die Schweiz hat das Recht und die Pflicht, ihre Zuwanderung im Interesse von Bevölkerung, Infrastruktur und Umwelt selbst zu steuern. Wer die Probleme anerkennt, sollte auch über Lösungen sprechen. Alles andere ist politische Verweigerung. Deshalb: Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative am 14. Juni.

Philippe J. Zihlmann, Zug

Nachdem alles Für und Wider eines Bevölkerungsdeckels schon mehrmals gesagt worden ist (nur noch nicht von allen?), und je näher der 14. Juni rückt, je mehr stelle ich in Gesprächen im Bekanntenkreis die Ansicht fest, dass der rationale Kopf die Initiative eigentlich ablehnen sollte, der fühlende Bauch ihr jedoch zustimmen wird, einfach um mal ein Zeichen zu setzen: «So nicht weiter!»

Dies ist nachvollziehbar, denn bekanntlich weiss der Bauch mehr, als der Verstand glaubt.

Ruedi Auf der Maur, Cham

In den letzten Wochen sind die Leserbriefspalten der Zeitungen voll mit Artikeln, in welchen über ein kleines Land mitten in Europa berichtet wird, in dem

die Zustände katastrophal sein sollen. Das Land soll übertoll sein. Dichtestress herrsche. Die Infrastruktur soll massiv überlastet sein. Das Land sei zubetoniert. Und vieles andere mehr. Wenn ich dies lese, bin ich glücklich, in der Schweiz zu leben. Diese ist auch ein kleines Land mitten in Europa. Aber die Lebensqualität ist gesamthaft gesehen auf hohem Niveau. Zwar haben auch wir erhebliche Herausforderungen, wie beispielsweise zu teure Wohnungen oder Fachkräftemangel. Aber diese wären lösbar, wenn Rechtsaussen sich endlich dazu aufraffen würde, zusammen mit der Mitte und der Linken taugliche Lösungen zu erarbeiten, zu beschliessen und umzusetzen.

Aber Rechtsaussen begnügt sich damit, unser Land schlechtzureden, die Migrantinnen und Migranten für alles verantwortlich zu machen und die Bevölkerung zu polarisieren. Dabei ist es ihre Politik, die wesentlich dazu beiträgt, dass die Herausforderungen nicht sinnvoll angegangen werden. Deshalb sage ich Nein zur SVP-Chaos-Initiative. Sie würde nur nachhaltigen Schaden anrichten.

Eusebius Spescha, alt Stadt- und Kantonsrat SP, Zug

Beim Ausfüllen der Stimmzettel sind mir einige Fragen durch den Kopf gegangen: Brauchen neue Einwanderer keine Pflege? Brauchen neue Einwanderer keine Wohnung? Brauchen neue Einwanderer keine Strasse? Brauchen neue Einwanderer keine Bahn/keinen Bus? Brauchen neue Einwanderer keine Schule? Brauchen neue Einwanderer keine Studienplätze? Brauchen neue Einwanderer keine soziale Unterstützung? Können nicht alle, die schon hier sind, bleiben? Können nicht im Durchschnitt jedes Jahr noch 20'000 einwandern und bleiben? Lösen wird durch mehr Einwanderer ein bestehendes Problem? Verschieben wir die Probleme nicht einfach weiter nach oben? Geht das nicht in Richtung «Schneeballsysteem»

(das ist doch verboten?!?) Macht Dichtestress die Menschen nicht krank (bei Tieren wird sehr genau darauf geachtet)? Oder wollen wir die Einwohner einfach zuerst mal krank machen, um sie dann zu behandeln? Brauchen unsere Nachbarn die Polizei- und Wirtschaftsdaten und so weiter nicht genauso von uns wie wir sie von ihnen? Bekommen wir durch ein Ja nicht einfach mal Zeit und den Auftrag, unsere Probleme intern und bodenständig zu lösen?

Josef Weber, Steinhausen

Als ich kürzlich meine abendliche Joggingrunde durch die Zuger Altstadt vom Casino über den Landsgemeindeplatz, entlang der Katastrophenterrasse bis zur Buvette Quai Pasa und beim Freiraum vorbei beendete, war die Stadt voller Leben. Familien und Freunde genossen den Sommerabend, und auf den Terrassen der Restaurants wurde gelacht und diskutiert. Da musste ich an das Narrativ der Befürworter der 10-Millionen-Schweiz-Initiative denken. Es habe zu viele Menschen, sagen sie. Es werde zu eng, sagen sie.

Doch während ich durch die Stadt lief, musste ich schmunzeln. Das Problem ist nicht, dass es zu viele Menschen gibt. Sie sind einfach alle gleichzeitig dort, wo es besonders schön ist – genau wie ich. Also nahm ich das Tempo etwas heraus und betrachtete die Menschen um mich herum. Nicht als Konkurrenten um Platz oder Lebensraum, sondern als Mitmenschen, mit denen ich diese wunderschöne Stadt teilen darf. Dabei fällt auf: Wenn man jemanden anlächelt, lächelt er zurück. Aus vermeintlichen «Platzwegnehmern» werden plötzlich freundliche Begegnungen.

Vielleicht sollten wir deshalb weniger darüber sprechen, wie viele Menschen in unserem Land leben, und mehr darüber, wie wir zusammenleben wollen.

Tabea Estermann, Kantonsrätin GLP und Vorstand Zuger Wirtschaftskammer, Zug